

# Freie Demokraten

Landesverband  
Baden-Württemberg **FDP**

## **Beschluss des Präsidiums der FDP Baden-Württemberg**

**Karlsruhe, 13.05.2017**

### **Konzept 40, 20, 40: Ein Fitnessprogramm für Wachstum und Beschäftigung**

Deutschland steht derzeit relativ gut da. Das Beschäftigungsniveau ist hoch und das Wachstum einigermaßen robust. Aber es ist ein geliehenes Wachstum. Der niedrige Ölpreis und die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank sind Dopingspritzen für die deutsche Konjunktur. Allein diese beiden Effekte bringen einen halben bis einen Dreiviertelprozentpunkt an Wachstum. Gerade die EZB-Politik hat auch Nebenwirkungen. Während sich der Bundesfinanzminister freuen kann, zahlen andere die Zeche. Die deutschen Sparer werden teilweise enteignet. Lebensversicherungen, Krankenversicherungen, Sparkassen und Bausparkassen verlieren ihre Geschäftsgrundlage. Irgendwann wird auch in Europa die Zinswende kommen. Die Inflation zieht an und die Geldpolitik in den USA setzt auf Normalisierung. Deshalb wird die EZB auf absehbare Zeit ihre ultralockere Geldpolitik beenden müssen. Die Zinswende ist notwendig und richtig. Sie wird aber konjunkturelle Bremsspuren hinterlassen.

Hinzukommen strukturelle Herausforderungen durch Globalisierung, Digitalisierung und demographischen Wandel. Deutschland braucht ein Fitnessprogramm für die nächsten 10, 15 Jahre. Das Konzept 40, 20, 40 ist ein solches Fitnessprogramm für die deutsche Volkswirtschaft. Im Kern geht es darum, die Balance zwischen Bürgern und Staat neu auszurichten. Es geht darum, den Unternehmen Freiräume und Investitionsmöglichkeiten zu verschaffen. Es geht darum, die Soziale Marktwirtschaft zu stärken.

Dafür müssen wir kurz-, mittel- und langfristig Freiräume für private Initiative ermöglichen und den Staat mit seiner Ausgaben- und Regulierungswut zurückdrängen. Deutschland braucht ein Konzept 40-20-40:

#### **Kurzfristig (in einem Jahr): Sozialabgaben unter 40 Prozent halten**

Die Sozialabgaben in Deutschland nähern sich gefährlich der 40-Prozentmarke. Zwar sind derzeit angesichts der guten Arbeitsmarktlage alle Sozialkassen im Plus. Aber das verführt viele in der Politik dazu, über Leistungsausweitungen etwa beim Arbeitslosengeld

nachzudenken und ungedeckte Schecks etwa bei der gesetzlichen Krankenversicherung auszustellen. Dies ist aber der falsche Weg. Richtig wäre dem Vorschlag der Konjunkturforscher im Frühjahrsgutachten zu folgen: Eine Beitragssenkung in der Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte. Dies schafft nicht nur weitere Anreize für neue Jobs. Es ist auch ordnungspolitisch geboten. Es entzieht den Umverteilungspolitikern ein Stück Unfugpotential. Gleichzeitig wird den Beitragszahlern und Unternehmen, die die Überschüsse erarbeitet haben, etwas zurückgegeben.

### **Mittelfristig (in 4 bis 6 Jahren): Die Steuerquote auf 20 Prozent bringen**

Deutschlands Steuerquote ist zu hoch. Letztes Jahr lag sie bei über 23 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Das heißt: Der Steuerstaat beansprucht fast ein Viertel der Wirtschaftsleistung für sich. Da sind die Sozialabgaben noch nicht eingerechnet. Rechnet man sie hinzu, müsste ein Angestellter mit Durchschnittsgehalt, unverheiratet und ohne Kind, in Deutschland 2016 im Schnitt fast die Hälfte an den Staat abliefern. Damit rangiert Deutschland auf dem zweiten Platz in der OECD. Nur Belgien langt noch stärker bei Steuern und Abgaben zu. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 36,0 Prozent.

Deshalb brauchen wir im Laufe der nächsten vier Jahre eine deutliche Entlastung bei der Einkommensteuer. Insgesamt sollte das Entlastungsvolumen bei 30 Milliarden Euro liegen. Das ist konjunkturell eine signifikante Größe. Sie drückt aber auch durch die höheren Wachstums- und Beschäftigungseffekte die Steuerquote in Richtung 20 Prozent.

Konkret wollen wir den Solidarzuschlag schrittweise abschaffen und den so genannten Mittelstandsbauch im Einkommensteuertarif abflachen. Davon profitieren übrigens auch die 3 Millionen Personenunternehmen in Deutschland. Denn für viele Betriebe im Handwerk, Gewerbe und in der Landwirtschaft ist die Einkommensteuer die Unternehmenssteuer. Steuerpolitik ist dabei auch immer ein Stück Freiheitspolitik. Sie richtet die Balance zwischen Privat und Staat neu aus. Freiheitliche Steuerpolitik ist gerecht. Sie setzt auf Leistungsgerechtigkeit. Das, was verteilt werden soll, muss erst einmal erwirtschaftet werden.

### **Langfristig (in 10 bis 15 Jahren): Die Staatsquote auf 40 Prozent senken**

Die Staatsquote, also der Anteil der Staatsausgaben bezogen auf die gesamtwirtschaftliche Wirtschaftsleistung (BIP) ist ein gutes Maß für staatlichen Dirigismus. Während es Deutschland in den letzten 15 Jahren geschafft hat, die Staatsquote von nahezu 50 Prozent auf unter 45 Prozent zu senken, ist Frankreich den umgekehrten Weg gegangen (Steigerung von 50 Prozent auf über 55 Prozent). Die Entwicklung bei Wachstum und Beschäftigung könnte unterschiedlicher nicht sein. Deutschland hat Rekordbeschäftigung, Frankreich Rekordarbeitslosigkeit. Deutschland hat ausgeglichene Staatshaushalte, Frankreich reißt ein ums andere Mal die Maastricht-Kriterien. Der Industrieanteil an der Wertschöpfung liegt in

Deutschland bei fast einem Viertel, in Frankreich bei 10 Prozent. Überspitzt formuliert: Deutschland hat in den letzten anderthalb Jahrzehnten auf Ingenieure gesetzt, Frankreich auf Sozialingenieure. Deutschland hat in den letzten anderthalb Jahrzehnten auf Ingenieurkunst und innovative Unternehmen gesetzt, Frankreich auf Dirigismus und staatliche Lenkung der Wirtschaft.

Will Deutschland bis 2030 weiterhin erfolgreich sein, muss der nächste Schritt bei der Senkung der Staatsquote kommen. Dabei geht es nicht um eine einseitige Kürzung der Staatsausgaben, sondern um eine Entfesselung der Wachstumskräfte. Wir müssen das BIP größer machen, dann ist eine Senkung der Staatsquote auf 40 Prozent erreichbar.

Dazu müssen wir starke Anreize für Unternehmensinvestitionen setzen, etwa durch eine steuerliche Besserstellung von unternehmerischer Forschung und Entwicklung. Wir müssen die Abschreibungsbedingungen degressiv ausgestalten, damit sich Investitionen in Digitalisierung und Industrie-4.0 schneller rentieren. Auf der anderen Seite müssen wir verzerrende und wachstumshemmende Subventionen abbauen. Der Subventionsbericht der Bundesregierung weist nationale Beihilfen von rund 50 Milliarden Euro aus. Da ist die größte Subvention, nämlich die EEG-Umlage, nicht einmal dabei. In einem ersten Schritt sollten alle bestehenden Subventionen pauschal um 10 Prozent gekürzt werden.

Das Wachstum der Staatsausgaben muss dauerhaft unter dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts liegen. Diese goldene Regel muss konstitutionell verankert werden. Die Schuldenbremse war ein erster Schritt dazu. Komplementär brauchen wir eine Belastungsobergrenze für direkte Steuern und Sozialabgaben in der Verfassung. Diese Selbstfesselung des Staates führt zusammen mit der bestehenden Schuldenbremse zu effizienteren und niedrigeren Staatsausgaben.